

Der Zimmerer.

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (G. H. Nr. 2 in Hamburg).

Erscheint wöchentlich, Sonnabends.
Abonnementspreis pro Quartal (ohne Bestellgeld) M. 1,50.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Verantwortlicher Redakteur und Verleger: A. Bringmann, Hamburg.
Redaktion, Verlag u. Expedition: Hamburg 1, Besenbinderhof 57/66, III.

Anzeigen:
Für die dreizehnbaltige Zeitzeile oder deren Raum 30 A .
für Versammlungsanzeigen 10 A pro Zeile.

Kameraden! Vergeßt nicht die so notwendige Agitation!

Die Auflage des „Zimmerer“ ist von 56500 Exemplaren (Nr. 13) auf 61300 Exemplare (Nr. 25) gestiegen und dementsprechend wird sich die Zahl der Verbandsmitglieder erhöht haben. Das genügt nicht! Weit über 100000 Zimmerer sind noch nicht organisiert, davon können und müssen die meisten für unsern Zentralverband gewonnen werden. Sie werden gewonnen, wenn jeder bereits organisierte Zimmerer seine und jede Verbandszahlstelle ihre Pflicht tut, mehr Energie aufwendet und in der unermüdlchen Agitation nicht erlahmt!

Vom Lebenszweck des Arbeiters.

III. (Schluß.)

e. Alle diese Erwägungen werden dem Arbeiter unausrottbar fest die Erkenntnis einprägen, daß es sein durch die Verhältnisse ihm aufgezwungener Lebenszweck ist, den wirtschaftlichen Kampf gegen das heutige Produktionssystem aufzunehmen und damit zugleich den politischen Kampf gegen den Klassenstaat, der dieses schädliche und schändliche System als Grundlage seines Bestehens beschützt. Die klare Erkenntnis über seinen Lebenszweck läßt dann den Arbeiter von selbst das volle Verständnis gewinnen für seine Stellung zu allen andern sozialen Streitfragen, auch für die zu den Tarifverträgen. Denn solche Verträge sind, wie schon gesagt, nicht Selbstzweck; sie sind nur ein Mittel zur Erreichung des Zweckes, die Arbeitsbedingungen zu festigen, sie fortgesetzt zu verbessern und ihr Niveau Schritt um Schritt, aber allgemein zu erhöhen. Gerade in der Allgemeinheit der erzielten Verbesserungen betreffs der Lohnhöhe, der Arbeitszeit, der Sonderentschädigung für Ueberstunden, Nacht-, Sonntags- und Ueberlandarbeit, der Kündigungsfristen usw. liegt der ungeheure Wert der Tarife. Tausendfache Erfahrung hat gezeigt, daß die an einzelnen Orten errungenen besonders günstigen Arbeitsbedingungen so lange nicht als gesichert gelten dürfen, solange in andern Orten, die vielleicht nicht weit weg liegen, die Verhältnisse wesentlich ungünstiger sind. Die Orte mit bereits günstigen Löhnen und Arbeitszeiten sorgen am besten für sich selbst, wenn sie für das Zustandekommen von Tarifen in den schlechter stehenden Orten mit allem Nachdruck eintreten. Tarifverträge sind eben kein Ruhepolster, auf dem sich der Arbeiter bequem lang strecken darf und das ihm die Vorsorge für die weitere Zukunft erspart, sondern sie sind nur Stufen, die er in den zu ersteigenden steilen Felsen eingehauen hat und die seinen Füßen festen Stützpunkt gewähren, damit er die nächste Stufe einschlagen kann, unverdrossen, unermüdet, bis er endlich die volle Höhe erstiegen haben wird.

Mag auch in der Regel das durch den Tarifvertrag Erreichte zurückbleiben hinter dem Erstrebten; der grundsätzliche Wert des tarifierten Arbeitsverhältnisses wird dadurch nicht vermindert. Und das einmal Erreichte steht fester als eine Vereinbarung ohne Tarif. Die zahlreichen gefährlichen Winkel, in denen Unorganisierte ihr Dasein fristen, die immer bereit sind, sich gegen im Kampfe stehende organisierte Kameraden mißbrauchen zu lassen, werden durch die Tarife nach und nach ausgeräuchert, sozusagen wirtschaftspolitisch desinfiziert, so daß sie kein Unheil mehr stiften können. Die Entwicklung der Tarifbewegung wird von selbst dahin drängen, größere und große Gebiete unter einheitliche Tarife zu bringen, wie ja der Tarifvertrag der Buchdrucker bekanntlich das ganze Reich einheitlich umfaßt, nur daß die Lokalzuschläge zum Tariflohn in den größeren Städten sich stufenweise erhöhen. Man achte diese Errungenschaft nicht gering; sie gibt dem Arbeits-

verhältnis eine durchaus sichere Grundlage, verhindert das örtliche oder individuelle Abbröckeln von bereits erzielten Fortschritten und steht auf keinem Gebiete dem weiteren Vorwärtstreben im Wege. Mit dem Essen kommt der Appetit. Man lasse nur erst noch ein Jahrzehnt verstreichen, und es wird sich zeigen, wie das Tarifverhältnis auch die Trägen und Verzagten anfeuert, immer mehr Verbesserungen im Arbeitsverhältnis anzustreben und sich kein Titelchen des einmal Erlangten wegnehmen zu lassen. Das Tarifverhältnis bindet den einzelnen mit magnetischer Kraft an seine Gewerkschaft, steift ihm das Rückgrat und beweist ihm die ungeheure Macht, die er als Glied einer großen Organisation besitzt, während er als Einzelwesen dem Kapital hilflos auf Gnade und Ungnade ausgeliefert ist.

Sollte ein Arbeiter sich noch immer nicht klar werden können über den Wert der Tarifverträge, so braucht er nur die Stellungnahme der scharfmacherischen Unternehmer zur Tariffrage ins Auge zu fassen. Das erbauliche Geheimprotokoll über die Verhandlungen des Industriellenverbandes in Berlin brachte mit aller nur denkbaren Deutlichkeit zum Ausdruck, wie sehr die Schlotbarone das Tarifverhältnis verabscheuen. Recht bezeichnend äußerte der Holzindustrielle Boy in Berlin:

„Gerade die von der Arbeiterorganisation erzwungenen Lohnsätze machen es dem Arbeitgeber unmöglich, in der Zeit eines industriellen Stillstands sich mit seinen Arbeitern über Löhne zu einigen, die der jeweiligen Geschäftslage entsprechen.“

Wie das „Einigen“ über die Löhne nach der „jeweiligen Geschäftslage“ aussehen würde, weiß der Arbeiter. Der Unternehmer würde einfach die Lohnreduktion diktieren und der Arbeiter müßte sich kuscheln oder seiner Wege gehen. Dieser Willkür setzt der Tarif einen Kiegel vor. — Der bekannte Obermeister Kahardt ließ vor dem Einigungsamte in Berlin gelegentlich der Differenzen in der Holzbranche die Worte fallen, am liebsten möchten die Arbeitgeber den Tarif aufheben, wodurch sie eine Million Mark an Arbeitslöhnen sparen würden. — Im neuesten Jahresbericht des Arbeitgeberverbandes für Mannheim-Ludwigshafen ist wörtlich zu lesen:

„Wir sehen also auch in der gegenwärtigen Krise die Macht der Arbeiterorganisation in die Erscheinung treten. Keine einzige der früheren wirtschaftlichen Niedergangsperioden ist so wenig von Lohnkürzungen begleitet gewesen wie die jetzige. Und doch wäre nichts billiger, als wenn auch die Arbeitskraft etwas mit der Schwierigkeit des Güterabfahres belastet und so die Selbstkosten der Produktion zur Erleichterung der Konkurrenzen auf dem Weltmarkt gemindert würden (!) Nichts von dem sehen wir. Diese günstige Stellung haben die Arbeiter ihrer Organisation zu danken, die durch Tarifverträge eine Anpassung an Konjunkturverhältnisse in der Lohnfrage hindert.“

Das könnte den Herren passen, daß die Arbeitslöhne ein so beweglicher Faktor wären wie etwa der Ballen Baumwolle oder das Festmeter Holz. Der

Arbeiter dankt jedoch, und zwar weniger ergebenst als entschieden, mit dem Ballen Baumwolle oder dem Bündel Rindshäuten auf gleiche Stufe gestellt zu werden. Es ist die unglaubliche Frechheit des Kapitals, welche sich anzumachen erlaubt, den Arbeiter als totes Objekt den „Konjunkturverhältnissen“ anpassen zu wollen. Ei, warum passen dann die Herren nicht lieber die Zinshöhe für ihre Geldgeber der Konjunktur an? Warum zahlen sie beispielsweise in Krisenzeiten nicht 1 pZt. statt 5 pZt. Zinsen? Bei 5 000 000 würden sie da jährlich M. 200 000 ersparen. Aber daran denken sie nicht, oder, wie mit dem eben zitierten Bericht zu reden: „Nichts von dem sehen wir. Der Arbeiter soll bluten; er soll „etwas mit der Schwierigkeit des Güterabfahres belastet werden.“ — Noch Duzende andre Auslassungen aus Unternehmerkreisen könnten dafür angezogen werden, daß den Herren das Tarifverhältnis ein sehr schmerzhafter Dorn im Fleische ist. Sie können sich aber dem Zwang der Verhältnisse nicht entziehen; sie müssen. Dafür sinnen sie auf hohhaften Verrat. Namentlich gilt das vom Deutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe, dessen Vorsitzender, Bauat Fetsch-Berlin ja genugsam bekannt ist. In der außerordentlichen Generalversammlung des Bundes führte er am 21. Oktober 1907 aus (s. Seite 174 in „Der Tarifvertrag im Deutschen Zimmergewerbe“. Hamburg 1908), wenn von den 40 000 Arbeitgebern, die das deutsche Baugewerbe zähle, noch wesentlich mehr als die jetzigen 14 000 dem Bunde angehören würden, würde man eine Kraftprobe wagen und eine Absperrung im großen Umfange, und als Endziel über ganz Deutschland, durchführen können.

„Die Arbeiterorganisationen sollen und müssen wissen, daß der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe zu einer Macht geworden ist, die sie zu respektieren haben. Aus den heute zu beschließenden einheitlichen Terminen für Kündigung und Gültigkeitsdauer des Vertrages sollen die Gewerkschaften erkennen, daß sich im deutschen Baugewerbe ein starker einheitlicher Wille vorbereitet. . . .“

Mit Verlaub, Meister Fetsch, dieser „einheitliche starke Wille“ ist bereits da. Er ist vorhanden in den organisierten Hunderttausenden deutschen Bauarbeitern aller Berufe, die sich weder von einem Fetsch noch von hundert Fetschen ins Bockshorn jagen lassen. Sinnt und spinnt der Arbeitgeberbund mit Hilfe des Tarifs Verrat, so weiß der Arbeiter, daß er die Kraft besitzen wird, auf einen Schelmen anderthalb oder zwei zu setzen. Der Arbeiter fürchtet sich nicht mehr. Und wenn Kautsky in seiner Broschüre „Der Weg zur Macht“ sagt: „Die Unternehmerorganisationen werden mehr und mehr einen eisernen Ring bilden, den durch bloße gewerkschaftliche Mittel zu sprengen unmöglich ist“, so hat er zwar im ersten Teile dieses Satzes recht, nämlich mit der Bildung des eisernen Ringes, doch wenn die gewerkschaftlichen Mittel — die bis jetzt doch noch lange nicht erschöpft sind — zur Sprengung des Ringes nicht genügen, dann könnte die

politische Macht des Proletariats das auch nicht erzwingen. Denn wenn die Macht des Unternehmertums auf dem wirtschaftlichen Gebiete wächst, dann müßte sie demzufolge auch auf dem politischen Gebiete wachsen, also auf dem der Gesetzgebung. Gewiß wird der Arbeiter nicht ermangeln, bei Wahlen seine Vertreter in möglichst großer Zahl in die Parlamente zu bringen; doch die Unternehmerrmacht muß er durch seine Gewerkschaft niederzwingen. Das wird ihm um so eher gelingen, je vollkommener er erkennt, daß das zurzeit der Lebenszweck seiner Klasse ist.

Und was du erkannt,
Und was du erobert in heißen Nächten,
Und was du mit brennendem Hirn
Gehoben aus düstern Schächten,
Für das sollst mit mutiger Stirn du sechten.

Du bist erdengeboren und hast deine Schuld,
Die sollst du zahlen!
Denn jede Stunde, die du verloren
In feiger Geduld,
Häufte der Menschheit unendliche Qualen.

Das Leben ist kurz,
Drum eile dich, eile,
Daß es ihm nicht an Leben gebracht!
Wir müssen weiter...
Drum hebe das Auge;
Erkenne und kämpfe,
Und weine nicht!

Gegen das agrarische Ungeziefer.

Th. Berlin, 13. Juni 1909.

Es gibt zurzeit keine brennendere politische Frage für Deutschland als die, in den weitesten Kreisen Aufklärung zu schaffen über das unerträglich gewordene agrarische Ungeziefer. Früher verglich man gern das Agrarierium mit den Raubrittern. Der Vergleich ist noch zu schmeichelhaft. Selbst das Wortbild von den agrarischen Wegelagerern muß als zu anständig und schönfärberisch beiseite gelegt werden. Wie das Agrarierium sich heute äußert, trifft nur noch der Vergleich mit dem Ungeziefer zu. Die Agrarier — und zwar die konfessionellen Landjunker genau so wie die katholischen Großgrundbesitzer, die dem Zentrum angehören — sind für Deutschland eine ärgere und gefährlichere Plage geworden, als jemals eine Raupenplage, die Reblaus, der Nonnenfalter oder eine andre Art von Ungeziefer es gewesen ist. Und genau so, wie man einer Ungezieferplage nur dadurch Herr werden kann, daß alle Hände sich vereinigen, um die Nester auszurauchern, wo und wie man ihrer nur irgend habhaft werden kann, genau so muß der Kampf gegen das agrarische Ungeziefer auf der ganzen Linie und von allen, sei es Arbeiter oder Handwerksmeister, Beamte oder Kaufleute, aufgenommen werden.

Das agrarische Ungeziefer ist in der Tat unerträglich geworden. Seine Gefräßigkeit kennt keine Grenzen mehr. Und das tollste ist, daß das Ungeziefer sich geberdet, als ob es die Grundlage der allein möglichen Staatsordnung bilde, als ob jeder, der auf die Ungeziefernatur hinweise, an dem Bestand des Staatswesens rüttle, als ob die Ausrottung des Ungeziefers gleichbedeutend sei mit dem Untergang der Kultur. Und doch kann kein Heer von Ratten, keine Millionenschar hungriger Mäuse ärgere Verwüstungen am Wohlstand des Volkes anrichten, als es seit Jahrzehnten schon in Deutschland das Agrarierium tut. Was für harmlose Stümper sind im Ausbeuten des Volkes die alten Raubritter gegenüber ihren Nachkommen im zwanzigsten Jahrhundert! Wie unbedeutend war das Beginnen der junkerlichen Wegelagerer im Mittelalter gegenüber der Wangennatur ihrer heutigen Abkömmlinge! Wie stümperhaft erscheinen die mittelalterlichen Vorrechte der Junker im Vergleich zum gegenwärtigen Auspöcherungssystem, das mit Hilfe einer unfähigen, volksfeindlichen Regierung von den Agrariern engmaschig dem ganzen Volke über den Kopf gezogen worden ist! „Landgraf, werde hart!“ rief nach der Sage vor 750 Jahren der Schmied von Ruhla dem in seiner Hütte schlummernden Landrafen Ludwig von Thüringen zu. Und der Landgraf, der den Born des Mannes merkte, wurde hart; er brach die Burgen der Ritter und hängte das Junkergesinde, dessen er habhaft wurde, auf.

Heute? Erstens gibt es heute keine Landgrafen mehr. Zweitens würde, gäbe es noch welche, keiner mehr in der Hütte eines Schmiedes übernachten. Drittens würde kein Schmied, der seine fünf Sinne beisammen hat, so einfältig sein, vom Fürsten Hilfe gegen die Agrarier zu erhoffen. Und viertens würde die Hoffnung, wäre sie wirklich noch bei dem und jenem vorhanden, an den Tatsachen jämmerlich zuschanden werden. Wir sind gegen jene Zeit des frühen Mittelalters unendlich fortgeschritten. Die Raubnester der junkerlichen Wegelagerer werden nicht zerstört und ihre Bewohner nicht aufgehängt, sondern ihre Sippe besetzt die höchsten Posten der Hofkanzleien; sie hat die einflussreichsten oberen Verwaltungsämter inne; sie beschließt das Heer und bildet in den Parlamenten die Mehrheit, so daß sie den Gesetzen das von ihr gewünschte Gepräge geben kann. Bei Beginn der Bauernrevolution am Ausgange des

15. Jahrhunderts erkannten die Verschworenen sich an der Frage: „Lasset, was ist das für ein Wesen?“ Und an der darauf zu gebenden Antwort: „Wir können von Adel und Pfaffen nicht genesen.“ Auch heute können wir noch nicht von Adel und Pfaffen genesen. Die Pfaffen kann sich jedoch jeder vom Halse halten, wenn er ernstlich will. Um so tiefer verstrickt sind wir dafür in den Frondienst für die Junker. Niemals ist in alten Zeiten der Frondienst so unverschämte ausgedehnt gewesen wie jetzt. Damals war nur der antz-eingefessene Bauer zur Fron verpflichtet — heute ist es jeder Arbeiter in Stadt und Land, jeder Handwerksmeister, jeder Beamte. Und dem heutigen Frondienst kann sich kein Mensch entziehen; jeder und jede, Männer wie Frauen, Erwachsene wie Kinder, muß fronen, mag er wollen oder nicht.

Eine fünfköpfige Familie braucht jährlich im Durchschnitt zwanzig Zentner Brot und Mehl, pro Kopf vier Zentner, täglich reichlich ein Pfund. Infolge der Getreidezölle, die auch das im Inlande erbaute Getreide um den Zollbetrag im Preise erhöhen, muß darum jede fünfköpfige Familie dem agrarischen Ungeziefer jährlich M 50 bis M 55, das sind zwei normale Wochenlöhne, zum Fraße hingeben. — Infolge der Absperzung der deutschen Grenzen gegen Vieheinfuhr, die angeblich erfolgt, um die Einschleppung von Vieheuchen zu verhindern, die aber in Wirklichkeit keinen andern Zweck hat, als die Fleischpreise in Buchhöhe zu halten und die diesen Zweck auch im vollsten Umfange erreicht, wird die Ausgabe einer Familie für tierische Produkte, also für Fleisch, Speck, Butter, Eier, Milch usw. wiederum um wöchentlich mindestens eine Mark erhöht; das macht im Jahre nochmals zwei Wochenlöhne aus. Die Kartoffeln, Obst, Gemüse, Grünkraut, kurz alle pflanzlichen Produkte sind gleichfalls infolge der Zollpolitik zumeist ganz ungeheuer im Preise gestiegen. Jede Frau weiß, daß sie heute für ein Fünfmartstück kaum soviel kaufen kann, wie noch vor zehn Jahren für einen Taler. Das ist die notwendige Folge der vom agrarischen Ungeziefer mit Hilfe der Regierung durchgedrückten „Schutzpolitik“. Die Schutzzölle bilden nicht einen Schutz für das arbeitende Volk, wie man diesem namentlich bei Wahlen weiszumachen versucht, sondern sie sind lediglich ein Schutz für das agrarische Ungeziefer, das sich daran nach Wangenart voll und immer voller saugt.

Wer sind denn diese Agrarier, und was leisten sie für die Gesamtheit? Tritt man dieser Frage näher, so ergibt sich erst recht deutlich, daß man es in ihnen mit Parasiten, Schmarofern, Ungeziefer zu tun hat. Ihre Mitbürger in Stadt und Land betrügen sie, indem sie frechste Steuermogeleien systematisch und bewußt betreiben. Erst dieser Tage wieder wurde bekannt, daß ein Oberstleutnant a. D. und Kammerherr im Kreise Breslau, natürlich ein Junker, als Besitzer eines Rittergutes mit 2020 Morgen Fläche (500 Hektar), wovon die reichliche Hälfte gutes Ackerland ist, jährlich nur sechs Mark Einkommensteuer zahlt. Die ländlichen Mitbürger werden von den Agrariern dadurch betrogen, daß diese sich in den meisten Fällen von den Gemeindefürsten zu drücken wissen, indem sie ihren Besitz zu besonderen Gutsbezirken machen lassen. — Wie die ländlichen Arbeiter bezahlt und behandelt werden, weiß jeder. Auch nach dieser Richtung sind die Agrarier Kulturschädlinge. In ihrer Umgebung und in den Parlamenten sind sie die Vertreter der politischen Rohheit und Ungeklärtheit. Sie stemmen sich gegen jeden Fortschritt ein, der den Arbeitern zugute kommen würde. Für sie besteht der Staatszweck nur darin, daß ihnen ein faules und dabei behäbiges Leben auf Kosten aller andern Volksschichten garantiert wird. Von den Fortschritten, die im Betrieb der Landwirtschaft gemacht werden, entfällt nur ein ganz verschwindend kleiner Teil auf die Agrarier selbst. Wenn nicht die Theoretiker und die landwirtschaftlichen Praktiker, deren es verteuert wenige unter den Agrariern gibt, für beständige Verbesserungen sorgten, so würde es traurig um die Entwicklung der Landwirtschaft bestellt sein. Aber jedes Jahr außer allen andern Privilegien noch 45 Millionen Mark an Schnaps-Viebesgabe einzusparen, alle Staats- und Gemeindefürsten auf die städtische Bevölkerung und auf die ländlichen Arbeiter und Handwerker abwälzen, das bringen sie fertig; darauf verstehen sie sich ausgezeichnet. Wo und wie die Agrarier sich auch bemerkbar machen, überall zeigen sie sich als schädliche Schmaroher, als lästiges Ungeziefer. Sie vergiften und verrohen das öffentliche Leben und die parlamentarische Tätigkeit in gleicher Weise.

Prof. Alfred Weber aus Heidelberg hat vorgestern in einem Vortrage den zur Schau getragenen Patriotismus der Agrarier als *Maske patriotismus* und als *ekelhaft* bezeichnet. Auch den bürgerlichen Kreisen gehen allgemach — spät genug — die Augen auf, daß die Agrarier die gefährlichsten Feinde jedes gesunden Staatswesens und jedes Kulturfortschritts sind. Warum wagt die preussische Regierung es nicht, mit der schändlichen Dreiklassenmach zu brechen? Aus Furcht vor den Junkern. Wer ist es, der die Rohheiten des Militarismus stets in Schutz nimmt? Das agrarische Ungeziefer. Bei wem finden die bürgerlichen Scharfmacher gegen die Arbeiter sowie die polizeilichen

Willkürakte sichersten Rückhalt und Verteidigung? Bei den Agrariern. Sie sind der Fluch für das wirtschaftliche und politische Leben Deutschlands; sie sind die Pestbeule am staatlichen Organismus. Ihre Rohheit hält ihrer Freiheit und ihrem schmarohernden Eigennutz die Wage. Wollen wir gesunden, so muß die Allmacht des agrarischen Ungeziefers gebrochen werden. Der Anfang dazu ist zu machen dadurch, daß namentlich auf das Land die Aufklärung getragen wird über die wahre Natur dieser Menschen. Die agrarische Wangenpolitik bekämpfen, heißt den Weg frei machen für wirkliche politische und wirtschaftliche Fortschritte.



Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Achtung, Streiffonds 1909!

Die Krise, unter der das Baugewerbe in den letzten Jahren schwer zu leiden hatte, ist vorüber. Die Bautätigkeit ist in einigen Gegenden Deutschlands sogar eine sehr gute geworden. Allerorts regen sich erfreulicherweise die Kameraden, um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen. Das Unternehmertum, besonders das im Arbeitgeberbunde für das deutsche Baugewerbe organisierte, setzt den Bestrebungen unserer Kameraden den größten Widerstand entgegen. Forderungen werden mit Auspöcherungen beantwortet. So ist das Jahr 1909 ein recht bedeutungsvolles Kampfsjahr geworden. Ein Blick auf die Warnungstafel im „Zimmerer“ zeigt dies.

Der Zentralvorstand ist daher verpflichtet, den Beschlüssen der siebzehnten Generalversammlung entsprechend, den Beitrag zum Streiffonds auszuschreiben.

Derselbe ist zunächst folgendermaßen zu entrichten:

| | |
|------------------------|---------|
| 1. Beitragsklasse..... | M. 1,20 |
| 2. „ | „ 1,60 |
| 3. „ | „ 2,— |
| 4. „ | „ 2,40 |
| 5. „ | „ 2,80 |

Als Grundlage der Berechnung gelten die im zweiten Quartal geleisteten Beiträge, dergestalt, daß je 13 Beiträge für ein Mitglied zählen. Neugegründete Zahlstellen haben im ersten Kalenderjahre ihres Bestehens nur die Hälfte der ausgeschriebenen Streiffondsbeiträge zu leisten.

In Anbetracht des Ernstes der Situation ersuchen wir die Zahlstellen, sofort mit der Einsendung der Beiträge zum Streiffonds zu beginnen und nicht zu warten, bis das Quartal sein Ende erreicht hat. Mit Schluß des zweiten Quartales müssen die Beiträge abgeliefert sein.

Der Zentralvorstand.

Bekanntmachungen der Gauvorstände.

Bericht über die Bautätigkeit in Württemberg, Hohenzollern und im badischen Oberland.

Von 22 befragten Zahlstellen haben 16 geantwortet. Ueber eine gute Bautätigkeit wird berichtet aus Donaueschingen, Freudenstadt, Göppingen, Heilbronn, Singen, Stuttgart, Nürtingen und Oeffringen. In Donaueschingen ist die Bautätigkeit infolge des vorjährigen großen Brandes gegenwärtig noch sehr reger, wird aber bis zum Herbst nachlassen, weil der weitaus größte Teil der zu erstellenden Bauten im Rohbau fertig ist. Schulhaus, Amtsgericht und Kirche sind gegenwärtig im Bau begriffen. Größere staatliche und städtische Bauten werden in Freudenstadt (Gaswerk und Postgebäude), in Göppingen, Singen und Heilbronn (je ein Schulhaus), in Heilbronn außerdem ein Theater und in Singen eine Kirche ausgeführt; daneben ist auch die private Bautätigkeit eine sehr rege. In Nürtingen wird eine städtische Turnhalle und eine Kleinkinderschule erstellt. In Stuttgart ist die private Bautätigkeit, die im vorigen Jahre ganz danieder lag, eine sehr rege. Auch in Oeffringen trifft dieses zu. Als mittelmäßig wird der Geschäftsgang im Baugewerbe in Konstanz bezeichnet, wo ein Gymnasium und ein Technikum erstellt werden, die private Bautätigkeit indes zu wünschen übrig läßt. Das gleiche trifft in Reutlingen zu, wo ein Gaswerk und eine katholische Kirche erbaut werden. Als mittelmäßig wird weiter Kirchheim u. T., Radolfzell, Schorndorf, Tuttingen und Ulm bezeichnet. In letztgenanntem Orte wird ein Krankenhaus vollständig in Beton ausgeführt.

Mit Ausnahme von Schwab. Mühlb., wo die Bautätigkeit sehr flau ist, kann konstatiert werden, daß gegenüber dem Vorjahre überall eine Besserung eingetreten ist. Arbeitslose Zimmerer sind nicht vorhanden. Auswärtige werden in Donaueschingen, Göppingen, Singen, Stuttgart und Ulm (am Krankenhaus) beschäftigt. — Nicht berichtet haben die Zahlstellen Ebingen, Ravensburg, Sankt Georgen, Schwemingen, Tübingen und Willingen. C. Oswald, Stuttgart.

Die Bautätigkeit im Gau 3 (Schlesien).

Zu Beginn des Frühjahrs hatte es den Anschein, als wollte sich die schlechte Bautätigkeit von 1907 und 1908 auf das laufende Jahr übertragen. Noch im Monat März war in den meisten Zahlstellen Arbeitslosigkeit zu verzeichnen. Eine Werbung zum Besseren machte sich erst Anfang Mai bemerkbar, sie ging so überraschend schnell vor sich, daß schon Mitte Mai die Bautätigkeit als eine gute zu bezeichnen war, was auch daraus hervorging, daß durch

die Provinzpresse Zimmerleute gesucht wurden. Eine Umfrage in 37 Bahnhöfen hat ergeben, daß in 20 Orten die Bautätigkeit eine gute, in 14 Orten eine mittlere und nur in 3 Orten eine schlechte ist. Und gerade in diesen drei Orten, nämlich in Ohlau, Strehlen und Wüstegiersdorf, werden die niedrigsten Stundenlöhne gezahlt, eine treffende Illustration zu der Behauptung, daß die höheren Löhne die Bautätigkeit hinfanteln. In Breslau, wo mehrere Jahre die Arbeitsgelegenheit fast vollständig daniederlag, herrscht Nachfrage nach Zimmerleuten, so daß eine größere Anzahl Kameraden aus den Nachbarorten dort Unterkunft gefunden haben. Mag sein, daß die sogenannte Festwoche mit größeren Zimmerarbeiten auf dem Alten Kennplatz viel dazu beiträgt, aber auch ohne diese Arbeiten ist deutlich zu erkennen, daß die private Bautätigkeit sich merklich bessert. Auch städtische und staatliche Bauten sind für diesen Sommer in größerem Umfang geplant. In Deutsch-Lissa, wo das Baujahr Anfang des Jahres ganz daniederlag, ist jetzt das Gegenteil eingetreten, dort sind gegenwärtig 13 Kameraden von außerhalb beschäftigt. In Brieg werden augenblicklich von mehreren Unternehmern Leute verlangt. Die Beamtenhäuser hat ein Unternehmer aus Karlsmarkt übernommen; dieser sucht sich sämtliche Zimmerleute aus den entlegensten Landwinkeln auf, bringt sie nach Brieg und zahlt ihnen 30 s Stundenlohn, wohingegen der tarifliche Lohn in Brieg 38 s beträgt. Leider sind diese Leute unorganisiert und zur Arbeitsniederlegung nicht zu bewegen. Die Arbeitgeber, welche dieserhalb auch schon den größten Lärm geschlagen haben, sind aber nicht dazu zu bewegen, diesen Unfug mit zu steuern. In Dels waren seit zirka fünf Jahren die Zimmerleute zum größten Teil auf platte Land angewiesen, das hat sich in diesem Jahre geändert; in der Stadt selbst herrscht eine Bautätigkeit, wie man sie seither nicht mehr kannte. Das dortige Unternehmertum hat stets jeden Organisierten durch Maßregelung vom Orte vertrieben. Jetzt haben sich Unternehmer von außerhalb der Bautätigkeit bemächtigt, und die von Dels stehenden, wie die betäubten Lohrgerber, denen die Stelle weggeschwommen sind. In Liegnitz, wo seit Beginn des Frühjahrs gute Beschäftigung vorhanden war, geht es in den letzten Monaten etwas zurück; voraussichtlich ist das aber nur eine vorübergehende Stockung, denn auch dort sind in den letzten Monaten eine Anzahl Kameraden von außerhalb untergebracht worden. In Neurade, wo die Unternehmer tarifbrüchig geworden waren, haben unsere Kameraden die gute Baugeslegenheit dazu benutzt, ihnen zu beweisen, daß die organisierten Zimmerer ihre Interessen wahrzunehmen wissen. In Volkenhain ist die gute Arbeitsgelegenheit benutzt worden, um einen Tarif mit effischen Pfennigen Lohnerhöhungen zu erlangen. In Müllitz ist der Kampf entbrannt, um den 28 s-Stundenlohn aus der Welt zu schaffen. In Landeshut kann die Bauarbeiterchaft die günstige Zeit nicht vorübergehen lassen, ohne sich geregelte Arbeitsverhältnisse zu schaffen. Im niedererschlesischen Industriegebiet ist eine wesentliche Besserung eingetreten, so daß dort allgemein Nachfrage nach Zimmerleuten besteht. Hingegen ist Schweidnitz, Reichenbach und Langenbielau nur mittelmäßig beschäftigt; Arbeitslosigkeit ist aber auch dort nicht vorhanden. Striegau, Obernigk, das ganze Gebiet Krotoschin, Ostrowo mit dem Ansiedlungsgebiet, ist gut beschäftigt. In Lüben haben die Unternehmer bei den Verhandlungen im Frühjahr erklärt, den alten Tarif nur verlängern zu wollen bei 3 s Lohnreduzierung; auf dieses Angebot wurde seitens der Gesellen verzichtet. Der alte Lohn ist bis dato von den Unternehmern weiter gezahlt worden; in den nächsten Wochen werden unsere Kameraden einmal bei den Unternehmern anknöpfen, ob sie denn jetzt gewillt sind, den Tarif abzuschließen. Trachenberg, Jauer, Trebnitz, Freiburg, Girsberg, Goldberg, Gundsfield sind mittelmäßig beschäftigt, aber doch bedeutend besser als im Vorjahre um diese Zeit. Im Gebiet selbst werden Kirchenbauten ausgeführt in Seitendorf und Hermsdorf im Kreise Waldenburg, in Landeshut, Dels und Saarau bei Kanth. Alles in allem ist der schwere Druck, der lange Zeit auf unsere Kameraden lastete, fast vollständig geschwunden, daher auch die Lohnbewegungen in den verschiedenen Orten des Gaues. Zu wünschen wäre nur, daß die Konjunktur sich bis zum nächsten Jahre so weiter entwickelt, und daß unsere Kameraden im Gau allwärts rühmig sind, um die Organisation auszubauen, dann können die Erfolge nicht ausbleiben. Hingegen wird man dort, wo die Stoßkraft durch eigne Verdrießlichkeit in den schlechten Jahren geschwächt ist, vor Enttäuschungen auch während der guten Konjunktur nicht verschont bleiben.

S. Schmidt, Breslau.

Gau 10 (Schleswig-Holstein-Hamburg).

Die Adresse des Gauvorsitzenden ist jetzt: **Albert Hoff, Hamburg 1, Besenbinderhof 57/66, 3. Et., Zimmer 25.**

Unsre Lohnbewegungen.

Ausgesperrt sind die Zimmerer in Dresden bei den Firmen Holzmann & Cie. und Dyckerhoff & Wiedmann am Elbbrückenbau, in Frankenthal i. d. Pfalz, in Hamburg und Umgegend, im Landkreis Linden i. Hannover, in Roswig i. Anhalt und in Ludwigshafen.

Gestreift wird in Altena-Plattenberg-Werdohl (Zahlstelle Sierlohn), Apenrade, Bayreuth, Greiffenberg i. Schl., Kulmbach i. Bayern, Lauf i. Bayern, Lehnin, Neuhaus a. d. Elbe, Pilskaalen i. Ostpr., Mügenwalde i. Pom., Thorn und Walsrode.

Gesperrt sind in Berlin die Arbeiten am Charlottenburger Wasserwerk, in Duchawe, Kreis Militsch, das Geschäft von Dölich, in Nehof bei Marienwerder das Geschäft von Gresh und in Worms die Arbeiten am Wassergaswerk.

Infolge Maurerausperrung herrscht Arbeitsmangel in Gütersloh i. Westf.

Oesterreich.

Gesperrt sind Brüx, Klagenfurt, Königswald und Leitmeritz.

Ungarn.

Im Lohnkampfe stehen: Eßtergom, Mindhent und Droschäza.

Schweiz.

Zuzug ist streng fernzubalten von Schaffhausen, Zürich, von Kanton Zug, Chaux de Fonds und vom Plaz Wegel in Luzern bei Rheineck.

Zur Ausperrung in Hamburg und Umgegend.
In Verfolg seines Beschlusses (vergleiche „Zimmerer“ Nr. 24) hat der Baugewerbeverband Hamburg am 9. Juni die Ausperrung fortgesetzt insofern, als er sie auf die in den Nebenbranchen des Baugewerbes beschäftigten Arbeiter ausdehnte. Ausgesperrt wurden am 9. Juni an 500 Klempner, 250 Bauhölzer, 120 Steinarbeiter, 100 Töpfer, 18 Dachdecker, 18 Glaser. Später sind dann etwa 180 Mauersteinarbeiter in die Ausperrung hineingezogen worden und auch in den vorstehend aufgeführten Branchen hat sich im Laufe der verfloffenen Woche die Zahl der Ausgesperrten um ein Geringes erhöht. Bezeichnend ist es, daß sowohl die Steinarbeiter als auch die Töpfer von der Ausperrung betroffen wurden, obgleich sie mit ihren Unternehmern in einem Vertragsverhältnis stehen. Nach den Publikationen in der Tagespresse haben die Unternehmer in Malergewerbe und in der Holzarbeiterbranche unter Hinweis auf die in beiden Branchen bestehenden Tarifverträge es abgelehnt, sich an der Ausperrung zu beteiligen. Der Baugewerbeverband kann mithin auf seinen bisherigen Erfolg nicht besonders stolz sein, obwohl er alle Mittel aufgeboten hat, die Ausperrung in möglichst ausgedehntem Umfang durchzuführen. In der vorigen Nummer wurde bereits erwähnt, daß die Unternehmer, die nicht ausgesperrt hatten, von den Vertretern der scharfmacherischen Richtung persönlich „bearbeitet“ worden sind. Allein dabei haben es die Lummert und Konjorten nicht bewenden lassen. Am Montag, 7. Juni, wurde noch an alle Unternehmer ein sehr dringliches Schreiben gerichtet nachfolgenden Inhalts:

„Durchführung einer radikalen Arbeitssperre im Baugewerbe!

Alle Kollegen und Betriebsinhaber, die als Generalübernehmer von Bauausführungen fungieren, haben die zwingende Pflicht, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln dafür zu sorgen, daß an ihren Bauten von heute, Montag, 7. Juni, an bis auf weiteres keinerlei Arbeiten im Betonbau, Mauer-, Zimmer-, Gipser-, Platten-, anseher- und Stummelgewerbe mehr verrichtet werden und daß von Donnerstag, 10. Juni, an keinerlei Arbeiten im Schloffer-, Klempner-, Dachdecker-, Maler-, Tischler-, Töpfer-, Bildhauer- und Glasergerbe mehr stattfinden. Die Herren Generalübernehmer sind imstande, die radikale Arbeitssperre in allen Branchen des Baugewerbes wirksam zu überwachen! Es ist ihre Ehrenpflicht, sich persönlich ins Mittel zu legen, so daß kein Subunternehmer daran denken kann, die totale Arbeitssperre im gesauten Baugewerbe zu durchbrechen. Die Arbeitssperre steht unter dem günstigsten Zeichen, besonders dadurch, daß auch der Verein der Baumaterialienhändler, der Verein der Mauersteinlieferanten und der Verein der Blockherren und Sandlieferanten sich solidarisch erklärt haben, so daß die Materiallieferungen bis auf weiteres ebenfalls gesperrt sind. Besonders haben sich auch eine Reihe von Einzel-firmen, unter diesen die Firmen: E. Hinzpeter, F. S. Schmidt, Roswau & Knauer, Gesellschaft für Spezial-Bauausführungen, F. Weierstedt usw. verpflichtet, an der Durchführung dieser Beschlüsse bereitwillig mitzuwirken. Es gilt jetzt Regsamkeit und Wachsamkeit zu üben. Unregelmäßigkeiten jeglicher Art, Widersprechlichkeit, offene oder versteckte Abtrünnigkeit sind sofort zur Anzeige zu bringen. Nur unter persönlicher Mitwirkung jedes einzelnen kann die Arbeitssperre zu einer wirkungsvollen Aktion werden!“

Es geht aus diesem Schreiben hervor, daß man es auf Unternehmenseite an Energie nicht hat fehlen lassen. Wenn also trotz all diesem Kraftaufwand die große Aktion nicht so ausgefallen ist, wie es ihre Akteure erwarteten, so ist daraus wohl zu schließen, daß der kühne Gedanke der Generalausperrung bei einem Teil der Unternehmer noch heftigen Widerstand findet, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil für eine nicht geringe Anzahl von Unternehmern die völlige Stilllegung ihres Betriebes gleichbedeutend ist mit der Vernichtung ihrer Existenz. Das eben ist ja der doppelte Zweck, den die Scharfmacher des Baugewerbes mit solchen Massenausperrungen zu erreichen versuchen: eine Schwächung der gewerkschaftlichen Organisation und mehr Bewegungsfreiheit für die großen, kapitalkräftigen Unternehmungen — auf Kosten der minder kapitalkräftigen Firmen.

Unsre Kameraden, die Zimmerer in Hamburg und Umgegend, haben in einer Zahlstellenversammlung am 9. Juni sich über den Stand der Ausperrung Bericht erstatten lassen. Hierbei wollen wir gleich einen Irrtum richtigstellen, der in dem in Nr. 24 des „Zimmerer“ abgedruckten Bericht enthalten ist. Die Zahl der vom 3. bis 5. Juni in den partiellen Streik zur Erringung der geforderten Forderung eingetretenen Zimmerer ist von uns mit 467 zu hoch angegeben. Der Klarheit halber seien hier die Zahlen für die einzelnen Tage angeführt. Es traten am 3. Juni in den Streik 103 Kameraden; am 4. Juni waren in den Streiklisten 196 Personen eingetragen und am 5. Juni 168. Mithin sind von der Ausperrung am nämlichen Tage nicht 829, sondern 1128 Mann betroffen worden. Bis zum 9. Juni, an welchem Tage die vorhin erwähnte Zahlstellenversammlung stattfand, hatte die Zahl der Ausgesperrten inkl. Streikenden sich auf 1343 erhöht. In der Versammlung wurde auch mitgeteilt, daß über die Arbeiten auf dem Festplaz für das Bundesschießen, soweit sie von Unternehmern ausgeführt werden, die sich an der Ausperrung beteiligten, die Sperre verhängt worden sei. Von weiteren Maßnahmen riet der Zahlstellenvorstand ab, weil er es für notwendig hielt,

daß über den Umfang und die Wirkung der Ausperrung, sowie über die Anzahl der auf den einzelnen Plätzen in Arbeit verbliebenen zunächst eingehende Feststellungen gemacht werden müßten. Die Diskussion war eine äußerst rege. Sämtliche Redner vertraten die Ansicht, daß alle Geschäfte, die sich an der Ausperrung beteiligen hätten, zu sperren seien und die dort noch verbliebenen Kameraden die Arbeit sofort einstellen müßten. In namentlicher Abstimmung gelangte mit 107 gegen 9 Stimmen folgender Antrag zur Annahme: „Alle Verbandsmitglieder auf sämtlichen Bauten und Plätzen bei Innungs- und Bundesmeistern, sowie bei sonstigen Unternehmern, die Zimmerer ausgesperrt haben, müssen am Donnerstag, 10. Juni, mit Tageschluß die Arbeit einstellen und gelten solche Arbeitsstellen als gesperrt.“ Ferner wurde beschlossen, daß während der Dauer der Lohnbewegung auf jede Sitzungs- und Versammlungsentschädigung zu verzichten ist. Von den Funktionären der Harburger Bezirke wurde noch moniert, daß in dem letzten Versammlungsbericht über die Zustellung der Forderung an die Harburger Unternehmer nichts bemerkt sei. Zwei Anträge — einer auf Verstärkung des Vorstandes und einer auf Errichtung einer Kontrollstelle in Steinbek — wurden dem Vorstand überwiesen.

Der Stand der Ausperrung am Sonnabend, 12. Juni, war folgender: Zur Kontrolle meldeten sich insgesamt 1598 Mitglieder, wovon 587 ledig und 1011 verheiratet sind. In der Steigerung der Zahl der in den Listen Eingetragenen um 255 seit dem 9. Juni kommt die Wirkung des oben erwähnten Beschlusses zum Ausdruck. Abgereist sind bis jetzt 236 Mitglieder. Zu den geforderten Bedingungen arbeiten bei 34 Unternehmern 332 Gesellen. Arg in Druck sind die Unternehmer, die auf dem Festplaz für das Bundesschießen Arbeiten auszuführen haben. Diese Arbeiten drängen, denn am 4. Juli soll der Schießkrummel seinen Anfang nehmen. Wohl hat die Innung „Bauhütte“ sich verpflichtet, für rechtzeitige Fertigstellung der Arbeiten zu sorgen, ob ihr das aber gelingen wird, steht sehr in Frage. Der Versuch, die Arbeiten an Zwischenunternehmer zu vergeben, ist fehlgeschlagen. Mit den Innungsmeistern entrüstet sich die bürgerliche Presse über das Verhalten der baugewerblichen Arbeiter. So versucht vor allem das „Hamburger Fremdenblatt“ die Tatsachen direkt auf den Kopf zu stellen, indem es die Arbeitssperre auf dem Festplaz als eine Folge der Nichtbewilligung der Lohnforderung bezeichnet, obgleich es sehr genau darüber informiert ist, daß die Arbeitssperre erst verhängt worden ist, nachdem die in Betracht kommenden Unternehmer die Mehrzahl ihrer Leute ausgesperrt hatte. Wenn es diesen Unternehmern um die Fertigstellung der Arbeiten zu tun war, dann hätten sie ihre Leute nicht aussperrern sollen.

In einer ihrer letzten Nummern berichtet auch die „Baugewerks-Zeitung“ über den Lohnkampf in Hamburg. Sie schreibt:

„In Hamburg haben die Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter Ende Mai eine Lohnerhöhung von 5 s pro Stunde gefordert und mit Streik und Sperren gedroht, falls dieser Forderung nicht nachgegeben würde. Seitens der Sektion der Zementierer sind gegen das Betonbaugewerbe partielle Streiks und Sperren bereits verhängt. Da die Bauarbeiterlöhne in Hamburg ohnehin schon die höchsten im Deutschen Reich sind, haben die Baugewerbetreibenden jede Lohnerhöhung abgelehnt und eine allgemeine Stilllegung der sämtlichen Bauarbeiten angedroht, wenn die von den Arbeitnehmerorganisationen getroffenen Maßnahmen (Streiks und Sperren) nicht bis zum 3. d. M. aufgehoben wären. Da von seiten der Arbeitnehmer nicht nachgegeben wurde, ist die angedrohte Ausperrung am 5. d. M. zur Ausführung gekommen.“

Die Hamburger Baugewerbetreibenden bitten alle Kollegen dringend, die ausständigen und ausgesperrten Leute nicht zu beschäftigen oder, wo dies bereits geschehen sein sollte, dieselben schleunigst wieder zu entlassen.

Wir schließen uns dieser Bitte an und gestatten uns, darauf hinzuweisen, daß dieser Kampf mehr als lokale Bedeutung hat, da ein etwaiger Sieg der Arbeitnehmer in Hamburg nicht ohne Rückschlag auf die bevorstehenden allgemeinen Tarifkämpfe sein würde. Nur durch einmütiges Zusammenhalten, und zwar dadurch, daß die Streikenden bzw. Ausgesperrten nirgend beschäftigt werden, kann dieser Kampf zugunsten der Arbeitgeber entschieden werden.“

Nun wissen die baugewerblichen Arbeiter, welche Bedeutung der Kampf in Hamburg hat. Angefichts dessen gilt es als selbstverständlich, daß auch sie ihren ganzen Widerstand aufbieten, damit die Absicht der Unternehmer zuhause nicht durchschlägt.

Zur Ausperrung im Landkreis Linden (Hannover.)

Am 8. Juni haben erneut Verhandlungen stattgefunden. Inbes ist der Zweck, eine Grundlage zu schaffen für die Beilegung des Konfliktes, nicht erreicht worden. Die Unternehmer waren mit ihren Zugeständnissen so sehr zurückhaltend und das von ihnen nach flehenstündiger Verhandlung gemachte Angebot ist ein so dürftiges, daß es schwerlich die Zustimmung der Ausgesperrten finden wird. Eine Beendigung des Kampfes liegt somit vorerst noch in weitem Felde.

Zum Zimmererstreik in Duchawe (Militsch).

Schon lange bestand bei untern Kameraden die Absicht, den Stundenlohn, der auf 28 s steht, aufzubessern. Alljährlich verließ die Mehrzahl der dortigen Kameraden den Ort, um im Krotoschiner oder im Breslauer Gebiet Arbeit zu wesentlich günstigeren Löhnen anzunehmen. Im April d. J. wurde nun den Unternehmern ein Tarifentwurf eingereicht mit elfstündiger Arbeitszeit und 32 s Stundenlohn. Die Unternehmer antworteten in ablehnendem Sinne. Mündliche Verhandlungen, die durch den Gauleiter angebahnt wurden, verliefen resultatlos, und so wurde am 24. Mai kurz entschlossen in dem Geschäft von Dölich die Arbeit eingestellt. Darob natürlich helle Entrüstung. Daß die Zimmerleute in den Streik treten konnten ohne Erlaubnis des Unternehmers, ging dem Zimmermeister Dölich über die Hut. Er mußte sich indes dareinstellen und gute Miene zum bösen Spiel machen. Dem Gauleiter versicherte er, daß er ja gern die Angelegenheit beigelegt wissen möchte, aber er könne nichts unternehmen ohne Zustimmung des Arbeitgeberverbandes; dabei

Oypeln. Hier fand am 16. Mai eine Mitgliederber-

Schönebeck. Am 22. Mai tagte unsere regelmäßige

Schwerin. Am 9. Juni fand in Gesellschaftshaus

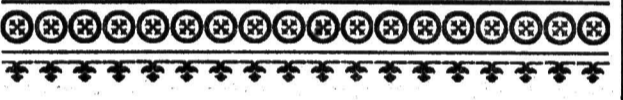
Thorn. Am 6. Juni fand im Lokale des Herrn

Weiden. Eine gut besuchte Mitgliederversammlung

von gleich hohem Vorteil. Es wurde noch beschlossen, die

Wittenberg. In der Versammlung am 9. Juni er-

Wittau. Die am 8. Juni abgehaltene Mitgliederber-



Baugewerbliches.

An die baugewerblichen Arbeiter im Bereich der rheinisch-

Werte Kollegen! Seit einer Reihe von Jahren ist die

Zugleich muß aber auch konstatiert werden, daß in manchen

Diesem Zustande eine erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen,

- 1. Die Mißstände im Hoch- und Tiefbaugewerbe im Bereich
- 2. Vieten die in Rheinland-Westfalen erlassenen baupolizei-
- 3. Die Forderung der baugewerblichen Arbeiter nach reichs-
- 4. Erledigung der eingegangenen Anträge.

Verpflicht, zu dieser Konferenz Delegierte zu entsenden, sind

- B. Jansen, Düsseldorf, Lindenstraße 65.
- Fr. Kahl, Dortmund, Lessingstraße 32.
- G. Peters, Dortmund, Lessingstraße 32.

NB. Alle Anfragen bezüglich der Konferenz sind an

Risiko der Bauarbeiter. Am 9. Juni verunglückte im

Berechtigte Kritik an nicht einwandfreien Bau-

Die Firma Großkopf & Schulz in Rosenthal-Wilhelmsruh

Sozialpolitisches.

Der diesjährige Parteitag der sozialdemokratischen

1. Geschäftsbericht des Parteivorstandes. Berichterstatter:
2. Bericht der Kontrolleure. Berichterstatter: A. Kaden.
3. Parlamentarischer Bericht. Berichterstatter: G. Ledebour.
4. Bericht der Kommission wegen Änderung des Organisa-
5. Maifeier. Berichterstatter: R. Fischer.
6. Reichsversicherungsordnung: a) Allgemeine und Kranken-
7. Internationaler Kongress in Kopenhagen. Berichterstatter:
8. Sonstige Anträge.
9. Wahl des Parteivorstandes, der Kontrollkommission und

A. C. Lage des deutschen Arbeitsmarktes. Nach-

